

Der Einfluss von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die aktuelle Inflation im Euroraum

36

Wolfgang Nierhaus

Das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht regelmäßig Indizes für die Entwicklung administrierter Preise im Euro-Währungsgebiet. Sie umfassen Produkte, deren Preise staatlicher Einflussnahme unterliegen. Der vorliegende Beitrag präsentiert aktuelle Ergebnisse und beleuchtet auch die Inflationseffekte der indirekten Besteuerung.

In der Europäischen Währungsunion wird die Inflation mit dem *harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)* gemessen. Der HVPI-EWU dient der Europäischen Zentralbank (EZB) als zentraler Indikator zur Beurteilung der Preisstabilität im Euroraum. Diese ist vom EZB-Rat als mittelfristig beizubehaltende jährliche Steigerung des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Euro-Währungsgebiet »von unter 2%« definiert. Der HVPI-EWU wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) als gewogener Durchschnitt der *harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI)* der Mitgliedsländer des Euroraums ermittelt, als Gewicht dient der private Konsum aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die nationalen harmonisierten HVPI wurden in den 1990er Jahren entwickelt, um Preisänderungen auf supranationaler Ebene vergleichen zu können. Im Vergleich zum US-amerikanischen *Consumer Price Index (CPI)*, der sich am Konzept eines Lebenshaltungskostenindex¹ orientiert, sind die HVPI eher als reine Preisindizes angelegt. Der Formel nach sind nationale HVPI Kettenindizes vom Laspeyres-Typ mit jährlicher Aktualisie-

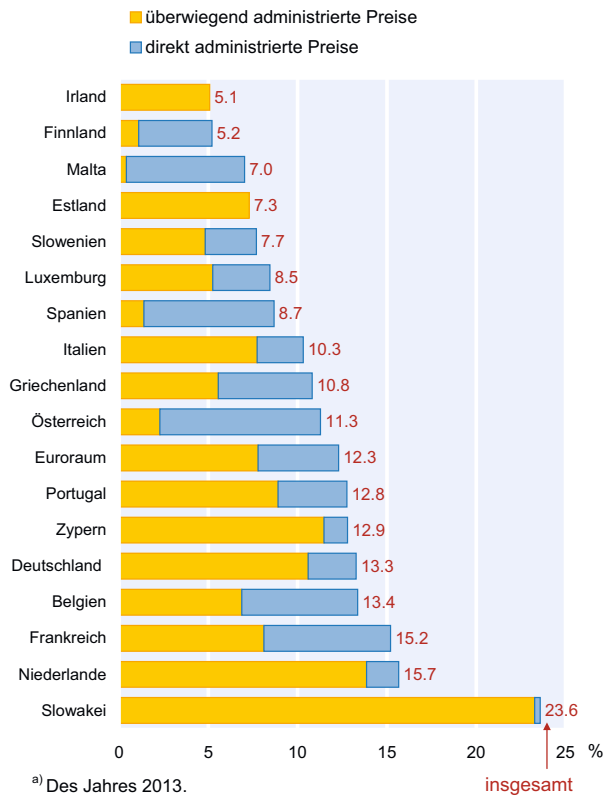
rung der Warenkorbgewichte. Im Vergleich zu Festbasisindizes, die Preisbewegungen anhand eines konstanten Wägungsschemas messen, haben Kettenindizes den Vorteil, dass ein verändertes Verbraucherverhalten zeitnah in den Warenkorbgewichten berücksichtigt werden kann. Nachteilig ist hingegen, dass die Eigenschaft des reinen Preisvergleichs aufgrund geänderter Produktgewichte im Vorjahresvergleich partiell verloren gehen kann.² Der Erfassungsbereich der harmonisierten HVPI ist zumeist kleiner als in den nationalen Verbraucherpreisindizes. So bleibt z.B. das vom Eigentümer selbst genutzte Wohneigentum – anders als etwa im deutschen Verbraucherpreisindex VPI – unberücksichtigt

Seit Februar 2010 veröffentlicht Eurostat einen speziellen *Index für die Entwicklung administrierter Preise im Euroraum* (hier: HVPI-EWU-AP; AP = »administered prices«). Der HVPI-EWU-AP erfasst die Preisentwicklung von Sachgütern und Dienstleistungen, deren Preise entweder *direkt* (»directly«) oder *überwiegend* (»to a significant extent«) vom Staat bzw. von staatlichen Regulierungsbehörden beeinflusst werden. Die Untergruppe der *direkt administrierten* Verbraucherpreise enthält die Preise derjenigen Waren und Dienstleistungen, die von staatlichen Stellen unmittelbar festgelegt werden (z.B. Entgelte für den Besuch von Schulen oder Universitäten, Tarife für den öffentlichen Nahverkehr, Gebühren für die Müll- oder Trinkwasserentsorgung, Passgebühren u.Ä.). Die Untergruppe der *überwiegend administrierten* Verbraucherpreise bezieht sich auf diejenigen Güter, auf deren Preise staatliche Instanzen signifikant Einfluss nehmen. Hierzu zählen etwa Sachgüter und Dienstleistungen, deren Preise nur nach vorheriger Zustimmung einer Regulierungsbehörde geändert werden dürfen.

¹ Definiert man den Begriff »Lebenshaltungskosten« als Aufwand zur Erzielung eines bestimmten Lebensstandards (Nutzen), so vergleicht ein Lebenshaltungskostenindex (»ökonomischer Preisindex«) die bei alternativen Preissituationen jeweils kostenminimalen Ausgaben. Beim ökonomischen Preisindex wird nicht ein Warenkorb zwischen Basis- und Berichtsperiode konstant gehalten, sondern das *Nutzenniveau* (»Lebensstandard«). Gemessen wird ein Ausgabenverhältnis, das nicht nur durch die Veränderung von Preisen, sondern auch durch die Substitution von teurer gewordenen Gütern durch billiger gewordene Produkte im Zeitablauf bestimmt wird. Zwar können ökonomische Preisindizes nur bei Kenntnis der konkreten Präferenzordnung (Nutzenfunktion) berechnet werden. Es lässt sich aber zeigen, dass konventionelle Preisindizes vom Laspeyres-Typ die obere Schranke eines ökonomischen Preisindex darstellen. Die Differenz zwischen einem Laspeyres-Preisindex und einem ökonomischen Preisindex, der Substitutionsvorgängen Rechnung trägt, wird als »substitution bias« bezeichnet (vgl. Hill 1999).

² Zu einer methodischen Kritik an den HVPI vgl. von der Lippe (2002).

Abb. 1
Produktgewichte^{a)} der administrierten Preise in den nationalen HVPI



Nicht im HVPI-EWU-AP enthalten sind Güter, auf denen spezielle Verbrauchsteuern lasten oder aber die speziellen Agrarmarktordnungen unterliegen. Neue oder geänderte nationale Regulierungen bzw. Liberalisierungsmaßnahmen werden jeweils zum Jahreswechsel berücksichtigt (vgl. Fritzer 2011; Nierhaus 2013).

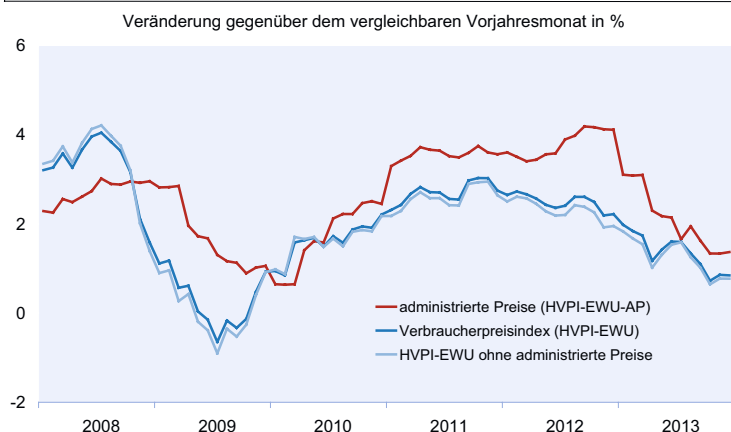
Abbildung 1 zeigt, dass die Produktgewichte der administrierten Preise in den nationalen HVPI erheblich streuen: Überdurchschnittlich hohe Gewichte haben Portugal, Zypern, Deutschland, Belgien, Frankreich, die Niederlande und die Slowakei, die mit 23,6% der unangefochtene Spitzenreiter ist. Am unteren Ende der Skala rangieren Irland und Finnland mit Produktgewichten von 5,1% bzw. 5,2%. Auch zwischen direkt administrierten bzw. überwiegend administrierten Preisen gibt es große Unterschiede: So beträgt der Anteil der direkt administrierten Preise am nationalen HVPI-AP in Deutschland 20,2%, in Frankreich dagegen 46,6%. In Irland und in Estland gibt es überhaupt keine Güter mit direkt administrierten Preisen, in Malta, Spanien, Österreich und Finn-

land unterdurchschnittlich wenige Güter mit überwiegend administrierten Preisen.

Im Durchschnitt des Euroraums beträgt das Indexgewicht der Gütergruppe mit administrierten Preisen 12,3% (vgl. Abb. 1); seit dem Jahr 2001 hat es sich damit um 2,2 Prozentpunkte reduziert. Der Rückgang geht auf den Anteilsverlust von Waren und Dienstleistungen mit überwiegend administrierten Preisen zurück (Produktgewicht im HVPI-EWU-AP im Jahr 2013: 63,3%, 2001: 70,7%), was im Wesentlichen durch die sukzessive Liberalisierung der nationalen Energiemärkte verursacht wurde. So fiel z.B. Strom aus dem deutschen HVPI-AP im Jahr 2008 heraus. Dagegen hat das Indexgewicht der Gütergruppe mit direkt administrierten Preisen im HVPI-EWU zugenommen, im Jahr 2013 betrug es 4,5% (2001: 4,2%).

Abbildung 2 präsentiert die Inflationsraten von Gütern mit administrierten Preisen im Vergleich zur Preisentwicklung der Gütergruppe mit nichtadministrierten, d.h. flexiblen Preisen (und im Vergleich zur gesamten Verbraucherpreisentwicklung) im Euroraum. Es zeigt sich, dass im Zeitraum 2009 bis 2013 die Inflationsrate von Gütern mit administrierten Preisen nahezu immer höher gewesen ist als die Inflationsrate von Gütern mit flexiblen Preisen. Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2012 belief sich die Inflationsrate von Gütern mit administrierten Preisen auf 2,7%, bei Gütern mit flexiblen Preisen betrug sie lediglich 1,7%. Besonders hohe Ratenunterschiede, die sich in der Spitze sogar bis auf 2 Prozentpunkte beliefen, konnten im Krisenjahr 2009 und in den Jahren 2011/2012 verzeichnet werden. Maßgeblich für die Entwicklung im Jahr 2009 war der rezessionsbedingte Einbruch der Weltmarktpreise für Rohstoffe, der sich in einem überaus starken Rückgang der Gesamtinflation, gemessen am HVPI-EWU, bemerkbar machte, währenddessen die Jahresteuersatzrate des HVPI-EWU-AP in diesem Zeitraum weitaus persistenter war. In der Entwicklung der Jahre

Abb. 2
Preisentwicklung in der Europäischen Währungsunion^{a)}



^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum.
Quelle: Eurostat.

Tab. 1
Zur Entwicklung der administrierten Preise in der Europäischen Währungsunion^{a)}
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2008		2009		2010		2011		2012		2013	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	2,5	2,9	2,3	1,1	1,1	2,3	3,5	3,6	3,5	4,1	2,7	1,5
Direkt administrierte Preise	2,9	4,2	3,4	1,6	2,0	3,8	5,3	4,7	3,5	5,5	4,6	2,6
Überwiegend administrierte Preise	2,3	2,3	1,7	0,8	0,6	1,5	2,5	2,9	3,5	3,2	1,5	0,9
Nicht administrierte Preise	3,6	3,1	0,3	-0,1	1,4	1,8	2,5	2,7	2,4	2,2	1,5	1,0
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	3,5	3,1	0,6	0,0	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1

Inflationsbeiträge zum HVPI-EWU in Prozentpunkten^{b)}

	2008		2009		2010		2011		2012		2013	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,3	0,2
Direkt administrierte Preise	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Überwiegend administrierte Preise	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1
Nicht administrierte Preise	3,2	2,7	0,3	-0,1	1,2	1,6	2,2	2,4	2,1	1,9	1,3	0,9
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	3,5	3,1	0,6	0,0	1,4	1,9	2,6	2,8	2,6	2,4	1,6	1,1

Inflationsbeiträge zum HVPI-EWU in % der Gesamtinflation^{b)}

	2008		2009		2010		2011		2012		2013	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
Administrierte Preise (HVPI-EWU-AP)	8,5	11,4	48,6	-	9,3	14,6	16,1	15,0	16,7	20,5	20,0	17,7
Direkt administrierte Preise	3,4	5,6	25,3	-	6,1	8,7	9,0	7,3	6,1	10,3	12,8	11,1
Überwiegend administrierte Preise	5,0	5,8	23,4	-	3,2	5,8	7,0	7,7	10,6	10,3	7,2	6,6
Nicht administrierte Preise	91,5	88,6	51,4	-	90,7	85,4	83,9	85,0	83,3	79,5	80,0	82,3
Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU)	100,0	100,0	100,0	-	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^{a)} Angaben für wechselnden Währungsraum. – ^{b)} Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

2011/2012 kommt zum Ausdruck, dass die im Jahr 2010 stark gestiegenen Rohstoffpreise mit zeitlicher Verzögerung in regulierten Energie- und Transportpreisen weitergegeben wurden. Zudem schlugen Maßnahmen zur Erzielung höherer Kostendeckungsgrade vielerorts zu Buche (vgl. OECD 2011, S. 42). Seit Anfang 2013 haben sich die Inflationsraten im Euroraum dann aber wieder angenähert, zugleich sind sie deutlich gesunken. So lag im zweiten Halbjahr 2013 die Inflationsrate von Waren und Dienstleistungen mit administrierten Preisen bei 1,5%, die Inflationsrate von flexiblen Gütern bei 1,0%

Zum Rückgang der Veränderungsrate des HVPI-EWU-AP im Jahr 2013 haben beide Teilgruppen beigesteuert. So ermäßigte sich die Inflationsrate für die Gütergruppe mit *direkt administrierten* Preisen, die im zweiten Halbjahr 2012 noch bei 5,5% gelegen hatte, im ersten Halbjahr 2013 auf 4,6%, im zweiten Halbjahr auf 2,6% (vgl. Tab. 1). In den Jahren 2011 und 2012 war hier eine durchschnittliche Inflationsrate von 4¾% p.a. verzeichnet worden. In Zypern betrug die durchschnittliche Rate für Güter mit direkt administrierten Preisen in diesem Zeitraum sogar 9,5% p.a., in Spanien 9,1% p.a., in Italien 6,2% p.a. und in Frankreich

4,5% p.a. (Deutschland zum Vergleich: + 2,2% p.a.). Auch bei Gütern mit *überwiegend administrierten* Preisen sind die Inflationsraten im Verlauf des vergangenen Jahres gesunken; in der zweiten Jahreshälfte 2013 lag die Rate sogar unter der 1-Prozentmarke. Bei dieser Gütergruppe konnte die höchste Inflationsrate mit 3,5% im ersten Halbjahr 2012 registriert werden. Eine noch stärkere Teuerung ist lediglich im Jahr 2004 beobachtet worden. Damals trat in Deutschland eine umfassende *Gesundheitsreform* in Kraft. Wegen des hohen Ländergewichts von Deutschland lag die Inflationsrate für den gesamten Euroraum im Jahresdurchschnitt 2004 bei 4,5%.

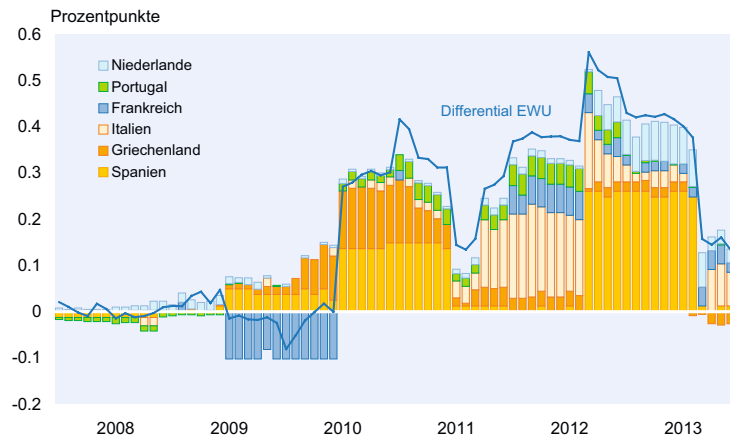
Aufgrund des beträchtlichen Produktgewichts von Gütern mit administrierten Preisen am gesamten HVPI-EWU hat die seit dem Jahr 2013 wieder günstigere Preisentwicklung quantitativ signifikant zum Rückgang der Gesamtinflation im Euroraum beigetragen. Der Inflationsbeitrag dieser Gütergruppe, der im zweiten Halbjahr 2012 bei 0,5 Prozentpunkten gelegen hatte, sank im ersten Halbjahr 2013 auf 0,3 Prozentpunkte, im zweiten Halbjahr ermäßigte er sich dann sogar auf 0,2 Prozentpunkte (vgl. Tab. 1). Auf Güter mit direkt administrierten Preisen entfielen zuletzt 0,1 Prozentpunkte,

das Gleiche gilt für Güter mit überwiegend administrierten Preisen.³ Administrierte Preisanhebungen trugen im zweiten Halbjahr 2013 noch 17½% zur Inflation im Euroraum bei, das ist deutlich weniger als im Mittel der Jahre 2008 bis 2012 (rund 25%).

Unberücksichtigt bleibt beim Index der administrierten Preise der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Teuerung. Eurostat gibt hierzu seit Oktober 2009 einen speziellen *harmonisierten Preisindex zu konstanten Steuersätzen* (hier: HVPI-EWU-CT; CT = »constant taxes«) heraus, bei dem der unmittelbare Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Verbraucherpreisentwicklung ausgeschaltet ist. Zu den im HVPI-EWU-CT berücksichtigten indirekten Steuern zählen die Mehrwertsteuer sowie die Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke, Tabakwaren und Energie. Hinzu kommen Steuern auf bestimmte Produkte wie Pkw, Versicherungen und Unterhaltung. Durch den Vergleich des HVPI-EWU-CT mit dem globalen Verbraucherpreisindex HVPI-EWU können die Auswirkungen der indirekten Besteuerung auf das Verbraucherpreisniveau abgeschätzt werden. Dabei wird angenommen, dass Änderungen der indirekten Steuern umgehend und vollständig auf die Verbraucherpreise wirken (vgl. European Commission 2009). Steuererhöhungen steigern ab dem Monat ihres Inkrafttretens einmalig das durch den HVPI-EWU gemessene Verbraucherpreisniveau und fallen zwölf Monate später aus der Berechnung der Vorjahresteuern wieder heraus (vgl. Europäische Zentralbank 2014, S. 56).

Im Zeitraum 2008 bis 2013 betrug der durchschnittliche Einfluss der indirekten Steuern auf die Inflation im Euroraum 0,20 Prozentpunkte, gemessen am Durchschnittswert der Differenzen zwischen der Veränderungsrate des HVPI-EWU und der Veränderungsrate des HVPI-EWU-CT. Dabei schwankte der Inflationsbeitrag der indirekten Besteuerung bis zur Jahresmitte 2010 lediglich um die Nullmarke. Zwar war es bereits im Juli 2009 in Spanien und Griechenland zu ersten krisenbedingten Steueranhebungen (Spanien: Mineralöl- und Tabaksteuer) gekommen, der hiervon ausgehende Inflationsbeitrag auf den HVPI-EWU wurde aber dadurch kompensiert, dass in Frankreich zeitgleich der in der Gastronomie geltende Mehrwertsteuersatz von 19,6 auf 5,5% gesenkt wurde. Abbildung 3 zeigt die entsprechenden län-

Abb. 3
Beiträge ausgewählter Länder zum Differential zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

derspezifischen Beiträge zum Inflationsdifferential zwischen dem HVPI-EWU und dem HVPI-EWU-CT.

Das besonders große Inflationsdifferential von Mitte 2010 bis Mitte 2013 (durchschnittlicher Einfluss der indirekten Besteuerung auf die EWU-Inflation in diesem Zeitraum: 0,36 Prozentpunkte) steht im direkten Zusammenhang mit wiederholten Anhebungen der Mehrwertsteuer zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, so etwa in Spanien, Portugal, Italien, Irland und Griechenland (vgl. Europäische Kommission 2014). So wurde am 15. März 2010 in Griechenland der Normalsatz zur Mehrwertsteuer von 19 auf 21% angehoben, am 1. Juli 2010 erfolgte eine weitere Erhöhung auf 23%. Ebenfalls zum 1. Juli wurden in Spanien und Portugal die Regelsätze angehoben (von 16 auf 18% bzw. von 20 auf 21%). Am 1. Januar 2011 erhöhte Portugal den Regelsatz erneut auf 23%. Zum 1. Juli führte Irland einen zeitlich befristeten Zwischensteuersatz von 9% ein. Schließlich wurde im September 2011 in Italien der Normalsatz um 1 Prozentpunkt auf 21% erhöht. Auch im Jahr 2012 kam es in einigen Mitgliedsländern der EWU zu Anhebungen des Normalsatzes, so in Irland zum 1. Januar 2012 um 2 Prozentpunkte, in Spanien zum 1. September um 3 Prozentpunkte und in den Niederlanden zum 1. Oktober um 2 Prozentpunkte. Seit den Herbstmonaten 2013 wird die Entwicklung des HVPI-EWU im Vorjahresvergleich dadurch gedämpft, dass die Mehrwertsteuererhöhungen des Jahres 2012 nunmehr in die statistische Basis eingegangen sind, was die Inflationsrate senkt.

Fazit

Mit dem *harmonisierten Index für die Entwicklung administrierter Preise* (HVPI-EWU-AP) im Euro-Währungsgebiet liefert Eurostat ein zeitnahes Instrument für die Konjunkturan-

³ Der Inflationsbeitrag eines Teilindex zur Gesamtinflationsrate des HVPI-EWU-AP in Prozentpunkten wird approximativ aus dem Produkt Gewicht des Teilindex x Veränderungsrate des Teilindex berechnet. Der Inflationsbeitrag ist c.p. umso höher, je größer das Produktgewicht ist und je größer die Änderung des Teilindex im Rechenzeitraum ist. Werden die Inflationsbeiträge auf die Veränderungsrate des VPI-EWU bezogen, so erhält man Inflationsbeiträge in Prozent der Gesamtinflation (vgl. Nierhaus 2006).

lyse. Der HVPI-EWU-AP erfasst die Preisentwicklung von Sachgütern und Dienstleistungen, deren Preise direkt oder zum überwiegenden Teil vom Staat bzw. von staatlichen Regulierungsbehörden beeinflusst werden. Güterpreise, die durch spezielle Verbrauchsteuern beeinflusst werden, zählen nicht zu dieser Kategorie. Die Ergebnisse zeigen, dass im vergangenen Jahr die Preisdynamik bei Gütern mit administrierten Preisen deutlich nachgelassen hat. In der zweiten Jahreshälfte 2013 trug dieses Gütersegment knapp ein Fünftel zur Inflation im Euroraum bei, was deutlich weniger ist als im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012.

Neben dem HVPI-EWU-AP stellt Eurostat auch einen *harmonisierten Preisindex zu konstanten Steuersätzen* (HVPI-EWU-CT) bereit, bei dem der Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Verbraucherpreisentwicklung rechnerisch ausgeschaltet ist. Die Differenz zwischen der Veränderungsrate des HVPI-EWU und der Veränderungsrate des HVPI-EWU-CT kann als Maß für den Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Inflation in der Währungsunion herangezogen werden. In den vergangenen Jahren wurde die Teuerung durch die in vielen Euroländern vorgenommenen Mehrwertsteueranhebungen immer wieder in die Höhe getrieben. In der Spitze belief sich der durchschnittliche Einfluss der indirekten Besteuerung auf die Gesamtinflation im Euroraum auf mehr als einen halben Prozentpunkt (September bis Dezember 2012). Erst in den Herbstmonaten 2013 waren wieder niedrigere Werte zu registrieren, was vornehmlich aus teuerungsdämpfenden Basiseffekten resultiert. Alles in allem dürfte die Inflationsrate im Euroraum im vierten Quartal 2013 durch die geringeren Preiseffekte der indirekten Besteuerung bzw. der Preisadministrierung um ½ Prozentpunkte nach unten gedrückt worden sein.

Angesichts der vielfach weiter defizitären öffentlichen Haushalte dürfte auch in diesem Jahr ein aufwärtsgerichteter Druck von administrierten Preisen und indirekten Steuern auf die Inflationsrate im Euroraum ausgehen. So wurde im Oktober 2013 in Italien die Mehrwertsteuer erneut angehoben, was für sich genommen die monatliche Inflationsrate im Euroraum bis September 2014 im Vorjahresvergleich rechnerisch um 0,1 Prozentpunkte erhöht. Im Januar 2014 folgten Frankreich und auch Zypern. Dies dürfte den inflationsdämpfenden Effekten der zurzeit recht günstigen Preise für Energieträger und Nahrungsmittel tendenziell entgegenwirken.

Literatur

Europäische Zentralbank (2014), *Monatsbericht* Februar, Frankfurt am Main.

European Commission (2009), *Eurostat, HICP-CT Manual*, Oktober, 1–24, online verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/hicp/documents_meth/HICP-CT/HICP-CT_manual_2009.pdf.

Europäische Kommission (2014), *Die Mehrwertsteuersätze in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union*, Stand: 13. Januar 2014, online ver-

fügbar unter: http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/how_vat_works/rates/vat_rates_de.pdf

Fritzer, F. (2011), »Administrierte Preise, Inflation und Konjunkturzyklus – Selektive Aspekte«, *Geldpolitik & Wirtschaft*, Quartalshefte zur Geld- und Wirtschaftspolitik (1), 44–62, online verfügbar unter: http://www.oenb.at/de/img/gewi_2011_q1_analyse03_tcm14-230618.pdf.

Hill, P. (1999), *Inflation, the Cost of Living and the Domain of a Consumer Price Index*, Joint ECE/ILO Meeting on Consumer Price Indices, Genf.

von der Lippe, P. (2002), »Konzeptionelle Probleme des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI/HICP)«, in: Europäische Gemeinschaften (Hrsg.), *15. CEIES-Seminar: Inflation in Europa – Unterschiedliche Messkonzepte und deren Nutzer*, Luxemburg, 67–73, online verfügbar unter: <http://edz.bib.uni-mannheim.de/daten/edz-ma/eus/02/KS-PB-02-003-DE.PDF>.

Nierhaus, W. (2006), »Harmonisierte Verbraucherpreisindizes – Zur Inflationssmessung in Europa«, *ifo Schnelldienst* 59(6), 11–16.

Nierhaus, W. (2013), »Administrierte Preise und indirekte Steuern: Auswirkungen auf die Inflation im Euroraum«, *ifo Schnelldienst* 66(5), 42–46.

OECD (2011), *Economic Outlook* 89(1), Paris.